

# (Überschätzte) Inflation: Potenziale für die politischen Ränder

Matthias Diermeier / Judith Niehues, 12.02.2025

**Obwohl die Verbraucherpreise im vergangenen Jahr lediglich um 2,2 Prozent gestiegen sind, nimmt jeder zweite Befragte eine „starke“ Preissteigerung wahr. Im Durchschnitt wird die Inflationsrate 2024 auf 15,3 Prozent geschätzt (Median: 10 Prozent). Noch negativer blicken Unterstützer der politischen Ränder auf die Inflation. Eine breite Mehrheit unter ihnen hat das Gefühl, Preise zu zahlen, die über der amtlichen Inflationsrate liegen.**

Mit der Energiepreiskrise ist das Thema Inflation in vielen Ländern auf der Rangliste wahlentscheidender Themen wieder nach oben gerutscht. Bei den US-Präsidentenwahlen 2024 landete es an erster Stelle: Ein Viertel der Wählerschaft benannte die Preissteigerungen als das wichtigste Wahlthema (Migration: 13 Prozent; Arbeitsmarkt und Wirtschaft: 11 Prozent). Gerade bei Trump-Befürwortern rangierte die Inflation ganz oben (35 Prozent). Unter Harris-Sympathisanten spielte sie eine weniger wichtige Rolle (15 Prozent) (The Economist/YouGov Poll, 2024). Dabei war die Inflationsrate in den USA nach 8 Prozent im Jahr 2022 im folgenden Jahr auf 4,1 und im Jahr 2024 auf 3,2 Prozent gesunken.

Dass die Inflationswahrnehmung eine parteiideologische Komponente haben könnte, zeichnete sich bereits nach der Wahl Joe Bidens Ende 2020 ab. Bis zur Übernahme der Regierungsgeschäfte hatten Republikaner die Inflation jahrelang moderater wahrgenommen als Demokraten. Mit dem Regierungswechsel entkoppelte

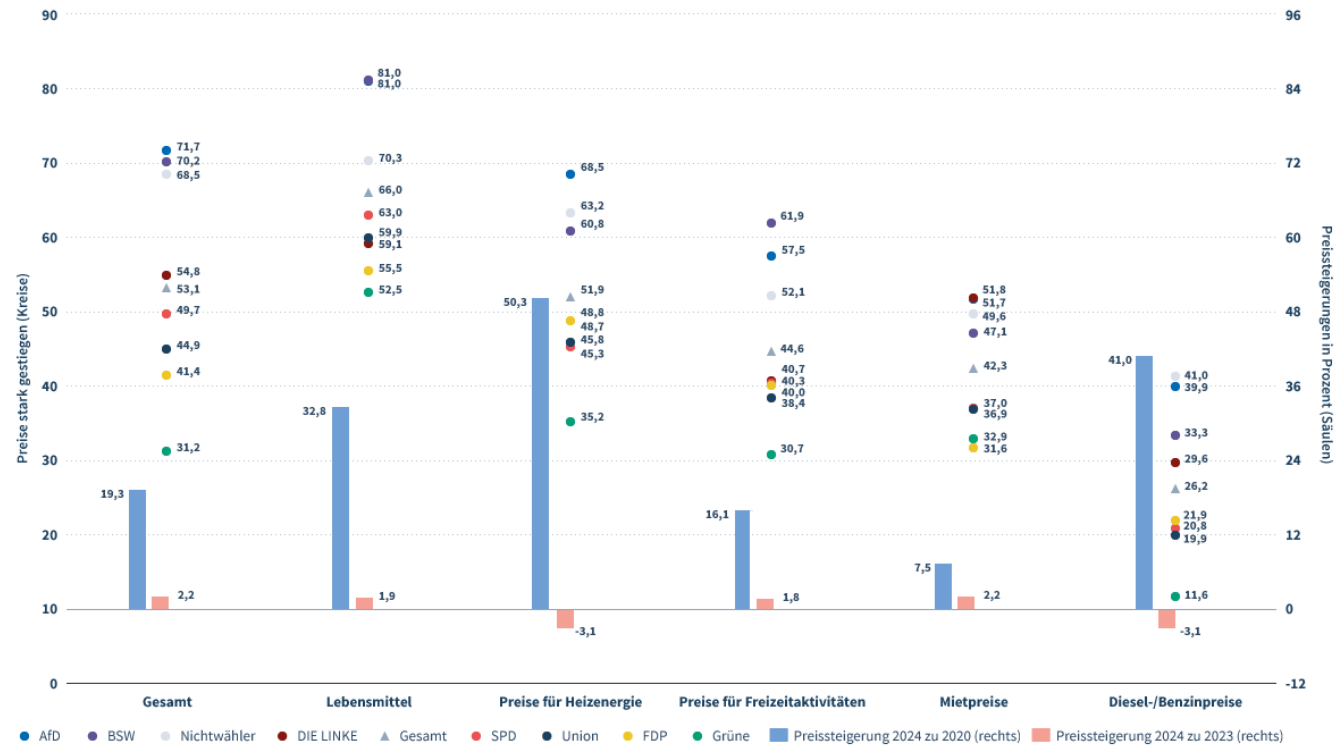
sich die Inflationswahrnehmung der Republikaner plötzlich nach oben. Bereits Mitte 2021 lagen die Schätzungen im Median bei 13 Prozent. Demokraten nahmen im Median Preissteigerungen von 5 Prozent wahr – ungefähr so hoch wie die offizielle Inflationsrate. Relevante sozio-demografische Unterschiede etwa zwischen Einkommenschichten bestanden in der Inflationswahrnehmung nicht (Lebow/Peneva, 2024). Denkbar ist hingegen, dass die Unterstützung der Opposition mit einer stärkeren Wahrnehmung von ökonomischen Schwierigkeiten wie Preissteigerungen einhergeht – möglicherweise, weil diese der jeweiligen Regierung zugerechnet werden.

Auch in Europa hat die Inflation zuletzt eine neue politische Virulenz erfahren. Dabei zeigt die längere Perspektive, dass Inflation auch während niedriger Preissteigerungen konstant überschätzt wird. So lagen die wahrgenommenen Inflationsraten im Euroraum zwischen der Finanzkrise 2008 und der Energiepreiskrise 2022 rund 5 Prozentpunkte über der offiziellen Verbraucherpreisinflation (Gischer et al., 2023).

Die IW-Personenbefragung im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 zeigt nun, dass die gefühlte Inflation auch in Deutschland nach deren Absinken auf hohem Niveau stagniert (Datengrundlage siehe Kasten). Obwohl die offizielle Steigerung der Verbraucherpreise von 6,9 Prozent im Jahr 2022 auf 5,9 Prozent im Jahr 2023 und schließlich auf 2,2 Prozent 2024 gesunken ist, wird die

# Starke Inflationswahrnehmung

Anteil Zustimmung Preise „in den letzten zwölf Monaten stark gestiegen“, in Prozent (linke Achse), Preissteigerungen in Prozent (rechte Achse)



N=3.267; nach Sonntagsfrage; Nicht abgebildet: „weiß nicht“, „andere Partei“, „Freie Wähler“;  
 Frage im Wortlaut: „Wie haben sich Ihrer Ansicht nach die folgenden Preise in den letzten zwölf Monaten entwickelt?“  
 Quelle: IW-Personenbefragung im Online-Access Panel von Bilendi&respondi; quotenrepräsentativ nach den Merkmalen Alter/Geschlecht, Wohnort nach Bundesland und Einkommen; Befragungszeitraum: 10.-18. Dezember 2024; Destatis

Inflationsrate für 2023 auf durchschnittlich 14,4 Prozent und für 2024 auf 15,3 Prozent geschätzt (Median: jeweils 10 Prozent). Selbst die medial präsenten Lebensmittelpreise stiegen 2024 im Durchschnitt nur noch um 1,9 Prozent. Die Inflationsraten für Heizenergie und Benzin/Diesel fielen sogar um 3,1 Prozent (Destatis, 2024). Dass sich die Preissteigerung damit fast bis zur Zielgröße der Inflation normalisiert hat, wird nicht wahrgenommen. Ganz im Gegenteil: Mehr als jeder zweite Befragte gibt an, die Preise in den letzten 12 Monaten seien „stark“ gestiegen (38,9 Prozent leicht gestiegen, Rest: gleich geblieben/gesunken). Noch höher fallen die Anteile unter Menschen mit niedrigen Einkommen und unter den Demokratieunzufriedenen aus. Stadt-Land-Unterschiede bestehen hingegen kaum.

Denkbar erscheint, dass die moderate Preisentwicklung im vergangenen Jahr stark überschätzt wird, da die Menschen bei ihrer Einschätzung eher das langfristig angestiegene Preisniveau im Blick haben – schließlich liegen die Verbraucherpreise 2024 tatsächlich 19,3 Prozent über dem Niveau von 2020. Besonders stark gestiegen sind in diesem längerfristigen Vergleich die Preise für Heizenergie (50,3 Prozent), Diesel/Benzin

(41 Prozent) und Lebensmittel (32,8 Prozent). Die Preissteigerungen für Freizeitaktivitäten (16,1 Prozent) und Mieten (7,5 Prozent) fielen deutlich moderater aus (Destatis, 2024). Verglichen mit den wahrgenommenen Preissteigerungen der Gütergruppen zeigt sich damit kein klarer Zusammenhang zu den tatsächlichen Preisveränderungen seit 2020: Ganze zwei Drittel der Befragten geben an, die Lebensmittelpreise im vergangenen Jahr seien „stark gestiegen“ (Grafik). Für die Diesel- und Benzinpreise konstatiert dies gerade einmal jeder Vierte, für die Heizenergie etwas mehr als jeder zweite. Langfristig sind Heizungs- und Spritpreise hingegen stärker angestiegen als die Preise für Lebensmittel. Möglicherweise prägen jedoch die sehr hohen Preissteigerungen seit 2020 für einzelne Konsumgüter wie Olivenöl (98,6 Prozent), Zucker (71,3 Prozent) oder Mehl (48 Prozent) die Preiswahrnehmung überdurchschnittlich, da sie bei vielen häufig im Einkaufswagen landen.

Die mit Blick auf Wirtschaft und die Lage der Demokratie besonders unzufriedenen Parteianhängerschaften von AfD und BSW überschätzen die Preissteigerungen 2024 am stärksten: AfD 18,7 Prozent, BSW 18,1 Prozent. Rund sieben von zehn Anhängern beider Parteien sowie

der Nichtwähler geben zudem an, die Verbraucherpreise seien im Jahr 2024 „stark gestiegen“. Am anderen Ende des Parteienspektrums unter den – in vielerlei Hinsicht zuversichtlicheren – Grünen-Parteigängern fällt die Überschätzung der Inflation 2024 mit 10,8 Prozent am geringsten aus. Auch nimmt in dieser Gruppe nicht einmal ein Drittel die Preissteigerungen im vergangenen Jahr als „stark“ wahr. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch mit Blick auf die unterschiedlichen untersuchten Produktkategorien: Anhänger von AfD und BSW sowie Nichtwähler spüren die Preissteigerungen durchweg am stärksten – acht von zehn Sympathisanten von AfD und BSW schätzen die jüngsten Steigerungen der Lebensmittelpreise als „stark“ ein. Eine Ausnahme bilden lediglich Anhänger der Linken, die bei den Mietpreissteigerungen vorne liegen.

Auch wenn die AfD- und BSW-Sympathisanten deutlich häufiger als Grünen-Anhänger Verbrenner-Autos besitzen (15 Prozentpunkte Unterschied), begründen sich darin nicht die deutlichen Unterschiede bei den wahrgenommenen Spritpreisen. Die Einschätzung der Preissteigerungen unter Autofahrern fällt nicht höher aus – aber auch nicht treffsicherer – als im Rest der Bevölkerung. Auch sind die Unterschiede der Wahrnehmung von Preissteigerungen der Heizenergie zwischen Menschen, die mit häufig verwendeten Wärmesystemen (Gas, Fernwärme, Öl, Wärmepumpe) heizen, gering.

Ein Teil der Unterschiede zwischen den Parteianhängerschaften lässt sich sozio-strukturell erklären: Anhänger der politischen Ränder werden leicht überproportional von Menschen mit geringeren Haushaltseinkommen unterstützt, die Preissteigerungen insbesondere mit Blick auf Lebensmittel- und Spritpreise stärker treffen. Regressionsanalysen offenbaren jedoch, dass diese Differenzen nicht die übermäßig negative Wahrnehmung zu erklären wissen. Dass mehr als zwei Drittel der AfD- und BSW-Parteigänger der Aussage „voll und ganz“ zustimmen, „die Preise, die ich persönlich zahle, [sind] stärker gestiegen [...] als die amtliche Inflationsrate“ (Zustimmung unter Grünen-Anhängern: 26,6 Prozent) könnte vielmehr andeuten, dass sich in diesen Parteianhängerschaften Skepsis gegenüber der offiziellen Statistik ausgebildet hat – denn auch hier können soziostrukturelle Faktoren kaum die deutlich höhere Zustimmung zu dieser Aussage erklären. Dass der Themenkomplex Inflation Relevanz für die anstehende

Bundestagswahl hat, zeigt sich nicht zuletzt darin, dass rund jeder zweite Anhänger von AfD und BSW die Inflation als eines seiner drei wahlentscheidenden Themen angibt. Die gestiegenen Preisniveaus und die damit verbundenen Sorgen gilt es ernst zu nehmen, aber gleichsam sollte öffentlich wahrnehmbar sein, wenn sich eine Situation entspannt oder zum Besseren entwickelt.

## Literatur

Gischer, Horst / Herz, Bernhard / Menkhoff, Lukas, 2023, Inflation in Deutschland und dem Euroraum – ein Überblick, Wiesbaden

Lebow, David / Peneva, Ekaterina, 2024, Inflation Perceptions During the Covid Pandemic and Recovery, FEDS Notes

The Economist / YouGov, 2024, Poll, [https://d3nkl3psvxxpe9.cloudfront.net/documents/elonTabReport\\_O3e18LR.pdf](https://d3nkl3psvxxpe9.cloudfront.net/documents/elonTabReport_O3e18LR.pdf) [20.1.2025]

Statistisches Bundesamt, 2024, Verbraucherpreisindex: Monate, Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsums, Stand: 16.1.2025

### Datengrundlage

Die Auswertungen basieren auf der *IW-Personenbefragung*, in der vom 10. bis zum 18. Dezember 2024 3.288 Menschen ab 18 Jahren in Deutschland befragt wurden. Die Befragung im Online-Access Panel von Bilendi&respondi ist repräsentativ quotiert nach den Merkmalen Geschlecht/Alter (Kreuzquote), Wohnsitz nach Bundesländern sowie dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Befragte, die fehlerhaften Angaben in einer Kontrollfrage gemacht haben oder die Befragung zu schnell („Speeder“) abgeschlossen haben, werden nicht berücksichtigt. Die valide Nettostichprobe umfasst 3.267. Befragte mit einer Hochschulzugangsberechtigung sind überrepräsentiert, solche ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss in der validen Nettostichprobe unterrepräsentiert. Die Nutzung von entsprechenden Anpassungsgewichten führen zu qualitativ vergleichbaren Ergebnissen. Für die Berechnungen wurde das ungewichtete Grundsample verwendet. Bei den Einschätzungen zur Inflationsrate wurden Werte von über 90 Prozent im Jahr 2023 und 100 Prozent im Jahr 2024 als Maximum festgelegt („Top-Coding“).